



DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 1999 ist er Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA). Seit dem 1. April 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.

WAHLPROGRAMME

Richtungswahl ohne Richtung

Mutlos und kraftlos, so lautet die Kurzzusammenfassung der wirtschaftspolitischen Wahlprogramme der großen Parteien in Deutschland. Die rot-grüne Bundesregierung, aber auch die oppositionelle Union bleiben mit ihren Rezepten weit hinter dem zurück, was in Deutschland zu tun wäre, um die deutsche Krankheit der Massenarbeitslosigkeit nachhaltig zu therapieren.

Die geplanten Maßnahmen werden nicht genügen, um das Wirtschaftswachstum substantiell zu beschleunigen, die Beschäftigung nachhaltig zu steigern, die Staatshaushalte in absehbarer Zeit in ein Gleichgewicht zu bringen und die sozialen Sicherungssysteme gegenüber der Welle der demographischen Alterung wasserfest zu machen.

Die Sozialdemokraten (SPD) können nicht weiter gehen als Bundeskanzler Schröder mit seiner Agenda 2010 bereits gegangen ist, ohne ihre Stammwähler an die neue Linkspartei von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi zu verlieren. Die CDU/CSU will nicht weiter gehen als gerade notwendig, um die Wahlen zu gewinnen. Somit dürften die Neuwahlen (so sie denn stattfinden werden!) eher zu einer großen Koalition auf dem kleinsten Nenner geringfügiger Veränderungen des bestehenden Wohlfahrtsstaates führen als zu einer fundamentalen Rundumerneuerung des Sozialstaates, die Deutschland wirklich nach vorne bringen würde.

Der SPD-Führung scheint es klüger zu sein, auf wirtschaftspolitische Verteilungside-

ologien zurückzugreifen, mit denen die Sozialdemokraten in der Vergangenheit einst erfolgreich waren. Höhere Steuern für Besserverdienende und für Erben großer Privatvermögen, gesetzliche Mindestlöhne oder eine Bürgerversicherung für alle waren immer schon sozialdemokratische Klassiker. Dazu passt auch der neueste Vorstoß des Bundeskanzlers und einzelner Mitglieder der Bundesregierung, ein Ende der lohnpolitischen Bescheidenheit auszurufen. Die Löhne sollen kräftig steigen. So würden Konsum und Konjunktur angekurbelt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Wer so argumentiert, vergisst, dass Lohnsteigerungen zunächst einmal erwirtschaftet werden müssen, dass Löhne immer auch Kosten und steigende Löhne immer auch zusätzliche Anreize sind, Arbeitskräfte einzusparen, Maschinen statt Menschen einzusetzen oder mit Teilen der Produktion ins billigere Ausland zu gehen.

Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ist eine wichtige, aber eben auch eine komplexe Größe. Konsum, Investitionen und Staatsnachfrage sind die einzelnen Komponenten. Ein Eingriff zu Gunsten der einen Komponente geht immer zu Lasten einer anderen. Er verändert die Struktur der Nachfrage. Er führt jedoch nicht zu einer Vergrößerung der Gesamtnachfrage. In einer offenen, stark mit den Weltmärkten verflochtenen Volkswirtschaft kommt ein Weiteres dazu. Heimische Kaufkraft fließt automatisch ins Ausland ab, weil ein bedeutender Teil der Güter, Dienst- und Vorleistungen importiert wird. Wie hoch diese Sickerverluste sind, wird von der Wettbe-

werbsfähigkeit der heimischen Produkte bestimmt, die ihrerseits von Qualität, Exklusivität sowie Modernität der Leistungen und nicht zuletzt eben auch von deren Preis abhängt. Der Preis jedoch spiegelt die Arbeitskosten, und höhere Kosten bedeuten schlechtere Absatzchancen, und zwar nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland. Wer also mit überrissenen Lohnforderungen auf Stimmenfang geht, wird am Ende nicht mehr, sondern weniger Beschäftigung erzeugen.

Die CDU/CSU will es sich mit ihrem Wirtschaftsprogramm bei den Wechselwählern nicht verscherzen. Die Meinungsumfragen hatten der Opposition einen derart großen Vorsprung vorausgesagt, dass es weniger der Kanzlerkandidatin der Union selber, aber doch offensichtlich ihren Wahlstrategen unnötig schien, mehr zu tun, als gerade notwendig ist, um an die Macht zu kommen. Wieso auch sollten mit der Ankündigung harter Einschnitte in sozialstaatliche Besitzstände Unruhe gestiftet und Unzufriedenheit geschaffen werden? Also bleibt das wirtschaftspolitische Programm ein Minimalprogramm, genug, um die Wahl zu gewinnen, aber kein Befreiungsschlag, um die Märkte von politischen Bremsseilen zu entfesseln und zu wenig, um die Massenarbeitslosigkeit dramatisch zu verringern. Es gibt gute Ansätze, wie die Forderungen nach einer weitergehenden Lockerung des Kündigungsschutzes, nach weitreichenden Öffnungsklauseln beim Flächentarifvertrag und nach betrieblichen Bündnissen für Arbeit. Das Steuersystem soll „einfach, wettbewerbsfähig und gerecht“ werden. Steuerprivilegien, wie die Eigenheimzulage oder die Pendlerpauschale sollen wegfallen. Lohnnebenkosten sollen gesenkt, der Niedriglohnsektor ausgebaut und die Lebensarbeitszeit verlängert werden. Das sind kluge Vorschläge, die

aber vielfach nicht mehr als ökonomische Selbstverständlichkeiten sind.

Liest man das mit „Wachstum, Arbeit, Sicherheit“ überschriebene „Regierungsprogramm 2005-2009“ der CDU/CSU kritischer, wird schnell offensichtlich, wie unscharf, vage und damit unzureichend die wirtschaftspolitische Agenda der Opposition bleibt.

Es fehlen an zu vielen Stellen verbindliche Ziele, Fristen und konkrete Maßnahmen. Was bedeutet beispielsweise, dass „zur langfristigen Stabilisierung der Rentenversicherung eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit notwendig ist“? Wieso steht nirgendwo, dass diese Forderung bedeutet, dass die Renten von der realen Lohnentwicklung abgekoppelt werden müssen, dass sie – wenn überhaupt –, so nur noch langsam wachsen werden, dass für eine Maximalrente eher 50 als 45 Jahre zu arbeiten sein wird und dass das gesetzliche Renteneintrittsalter näher bei 70 als bei 65 Jahren liegen wird? Wieso steht nirgendwo, dass ein Steuersystem dann gerecht ist, wenn es direkt und gezielt ärmeren Menschen hilft und sozialpolitische Umverteilungsziele durch hohe Steuerfreibeträge für alle oder direkte Zahlungen an finanziell Schwache zu erreichen versucht anstatt durch indirekte Eingriffe in Güter- oder Arbeitsmärkte oder durch eine staatliche Daseinsvorsorge im Bereich des Wohnungsbaus, der Entsorgung etc.? Mit welchen konkreten Maßnahmen sollen die öffentlichen Haushalte saniert werden und wieso sollen die Ausgaben und Einnahmen des Bundes erst am Ende der übernächsten Legislaturperiode, also ab 2013, und nicht viel früher ausgeglichen sein? Was beinhaltet das angekündigte neue Steuergesetzbuch für die Einkommen- und Unternehmenssteuer? Viele andere Fragen

zur Finanzierung der Steuersatzsenkung, zum Subventionsabbau, zur Gesundheitsreform, zur Bildungspolitik und generell zu den Kernaufgaben des Staates oder den individuellen Freiheiten der Bürger bleiben unbeantwortet.

Das wirtschaftspolitische Programm der Union mag eine „neue Ehrlichkeit“ widerspiegeln. In der Tat wird wenig versprochen, was nach dem Wahltag nicht eingelöst werden kann. Der Verzicht auf falsche Versprechungen raubt dem Wirtschaftsprogramm der Union jedoch Seele und Konsistenz.

Es fehlen Vision, Inspiration, ordnungspolitisches Credo und ein sachlogisches Ineinandergreifen von Zielen, Mitteln und Prioritäten der einzelnen Maßnahmen. Stil und Form des Wirtschaftsprogramms vermitteln eher den Eindruck, technokratisch unverzichtbarer Reaktionen auf ungeliebte Herausforderungen und weniger den gestaltenden Willen, innere Überzeugungen umsetzen zu wollen. Vieles wirkt wie ein schnell zusammengenähtes Patchwork, ohne dass klar gemacht wird, was genau denn als Ganzes entstehen soll.

Der Weg der Partei und ihrer Vorsitzenden an die Macht ist das oberste Ziel. Doch Deutschland braucht mehr als einen taktischen Wahlkampfsieger. Es braucht eine wirtschaftspolitische Strategie, die den Menschen verbindlich klar macht, wohin die Reise geht und wieso sich die Anstrengungen des Weges für alle lohnen. Deutschland braucht ein Wirtschaftsprogramm, das die Richtung nach vorne weist und nicht nur nach Berlin ins Kanzleramt führt.

Der Beitrag ist im Wirtschaftsdienst, 85. Jahrgang, Heft 8, August 2005 erschienen.